WIRTSCHAFTS
FORUM
DER SPD E.V.

Pressemitteilung

Wirtschaftsforum der SPD kritisiert Pläne für US-Zölle auf Autoimporte / Frenzel fordert Freihandelsabkommen

Berlin, 19. Februar 2019 – Das Wirtschaftsforum der SPD warnt eindringlich vor der Verhängung von US-Importzöllen auf europäische Autos: „Wir müssen die Eskalation im Handelsstreit mit den USA und eine drohende Zollspirale verhindern“, sagt der Präsident des Wirtschaftsforums der SPD, Dr. Michael Frenzel. „Protektionistische Maßnahmen sind der falsche Weg. Vielmehr brauchen wir einen neuen Anlauf für ein transatlantisches Freihandelsabkommen, das sämtliche Zölle auf Industriegüter abschafft. Freihandel schafft Wachstum und Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks.“

Entscheidung binnen 90 Tagen

Hintergrund sind Medienberichte, wonach das US-Handelsministerium einen Prüfbericht mit Zollempfehlungen an Präsident Donald Trump übergeben hat. Ergebnisse sind nicht veröffentlicht worden. Ob das US-Handelsministerium europäische Automobilimporte tatsächlich als Bedrohung der nationalen Sicherheit wertet, ist offiziell daher nicht bekannt. Präsident Trump hat nun 90 Tage Zeit, um auf Basis des Prüfberichts zu entscheiden, ob er Zölle von bis zu 25 Prozent auf Autoeinfuhren verhängt.

Gegen einen Alleingang der USA

„Ein Alleingang der USA widerspricht der im Juli erzielten Vereinbarung zwischen EU-Kommissionspräsident Junker und Präsident Trump. So lange wir über den Abbau von Zöllen, Handelsschranken und Subventionen sprechen, ist von einseitigen Aktionen abzusehen“, betont Frenzel. „Wir setzen uns nachdrücklich für eine Einigung nach dem WTO-Regelwerk ein. Wichtig ist dabei eine geschlossene und klare Position der EU. Wir müssen unserer Handelskommissarin Malmström jetzt den Rücken stärken.“

Für eine faire Handelspolitik

In diesem Zusammenhang plädiert das Wirtschaftsforum der SPD für eine ausgewogene Handelsbilanz, die auch Dienstleistungen etwa in der Finanzwirtschaft einbezieht. „Wir sind für eine faire Handelspolitik“, so Frenzel weiter. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström brauche nun das Mandat der EU-Mitgliedsstaaten für ein neues transatlantisches Freihandelsabkommen. „Bundeskanzlerin Angela Merkel und

WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD E.V.
DOROTHEENSTRASSE 35
10117 BERLIN

T +49 30 400 40 660
F +49 30 400 40 666
MAIL@SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE

SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE

PRÄSIDIUM:
DR. MICHAEL FRENZEL, PRÄSIDENT
HARALD CHRIST, SCHATZMEISTER
DR. INES ZENKE, VIZEPRÄSIDENTIN
ROBERT M. MAIER, VIZEPRÄSIDENT

GESCHÄFTSFÜHRER:
DR. FRANK WILHELMY

REGISTERGERICHT:
AMTSGERICHT CHARLOTTENBURG / VR 33920

UST-IDNR.: DE 298512965
STEUERNUMMER: 27/620/62175
FA FÜR KÖRPERSCHAFTEN BERLIN

WEBERBANK AG BERLIN
IBAN: DE81 1012 0100 1004 0066 66
BIC: WELADED1WBB

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sollten sich im Rat der Europäischen Union vehement für einen neuen Anlauf einsetzen. Um das transatlantische Verhältnis auch in Zukunft positiv zu entwickeln, müssen wir weiter verhandeln."

Weitere Informationen unter: **spd-wirtschaftsforum.de**

Sie haben Fragen? Ich stehe Ihnen gerne zur Verfügung.

Pressekontakt

Alexander Grieß
Redakteur Presse und Kommunikation
Wirtschaftsforum der SPD e. V.
Dorotheenstraße 35 | 10117 Berlin
ag@spd-wirtschaftsforum.de
presse@spd-wirtschaftsforum.de
Telefon: +49 30 202 198 35
Mobil: +49 151 402 000 19